

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 25 (1935)
Heft: 24
Rubrik: Welt-Wochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Hand drückte und sagte: „Das habe ich heute niedergeschrieben, doch ist es gut, daß gerade Feuer im Ofen brennt, da soll es nämlich sobald als möglich hinein!“

Barth las und begann zu probieren, Beethoven horchte auf und sagte schließlich heiter: „Mein lieber Alter, wir werden es doch nicht verbrennen!“

*

Franz Abt, der lyrische Komponist und berühmte Dirigent, eilte einmal über die Straße und die Vorfreude und Erwartung war ihm ordentlich vom Gesichte abzulesen. „Wohin so eilig?“ hielt ihn darum ein neugieriger Freund auf.

„Truthahnessen!“ war die lakonische Antwort, aber der andere, der Abts gelegneten Appetit wohl kannte, gab sich noch nicht zufrieden, „hoffentlich keine zu große Tischgesellschaft?“ meint er daher noch.

„Da kannst du ohne Sorge sein“, versetzt Abt, „wir sind nur zu Zweit: der Truthahn und ich!“

*

Johannes Brahms war einmal bei einem reichen Weingutsbesitzer zu Tisch geladen. Es wurde ein erstklassiger Rheinwein aufgetragen, wozu der Gastgeber, ein lebenswürdiger Herr, höflich meinte: „Dies ist der Brahms unter meinen Weinen!“

Der Meister kostete mit glücklichem Behagen, trank aber sein Glas gar schnell leer und noch eins, dann aber rief er angeregt aus: „Fürwahr, ein Göttertrank! Aber nun bringen Sie mal Ihren Bach!“

Welt-Wochenschau.

China: Ultimatum Sakai.

Das Ziel Japans, China an seine Seite zu zwingen, liegt immer noch in weiter Ferne, und scheint von Zeit zu Zeit noch ferner rücken zu wollen. Was wunder, wenn die Generäle dann und wann Alarm schlagen und ein anderes Tempo des Vorgehens verlangen! Sie halten überhaupt eine Allianz mit China nur für möglich, wenn China in Fesseln liegt, und alle Verhandlungen von Regierung zu Regierung scheinen ihnen gefährlich, solange der Partner die geringste Bewegungsfreiheit besitzt. Was gäbe es auch für China Gescheiteres, als mit Japan Freundschaft zu heucheln und sich unterdessen nach Herzenslust zu bewaffnen und sich vorzubereiten zum „Rachekrieg“? Da Japan und China in Echtheit wetteifern, begreifen die Japaner mindestens so gut wie ihre gelben Brüder den Vorteil der freundschaftlichen Maske.

Diesmal handelt es sich um die Verbreiterung der sogenannten „neutralen Zone“, in welcher zwar Japan Militär halten, China aber keine Handbewegung wagen darf, um diese fremde Garnison zu bedrohen. Ein derartig eingerichteter Landgürtel zog sich bisher im Osten von Peking der großen Mauer entlang. Nun verlangen die Japaner seit einiger Zeit, daß Peking selbst ihnen ausgeliefert werde. Man fragt sich, weshalb und findet die Antwort leicht: Die Militärs wünschen ein größeres Maß von

Sicherheit für „Mandschukuo“, ein größeres Aufmarschgelände, falls China seine Rachepläne weiter verfolgen sollte, und vor allem wollen sie nicht dulden, daß dort, wo sie Garnisonen besitzen, ganz offen die Revanchepropaganda arbeitet. Der Ruf: „Die Provinz Hopei muß neutralisiert werden“, bedeutete also schon seit langem: „Die Chinesen sollen in Hopei abdanken“. Man wußte in England und Amerika, wo China genau beobachtet wird, welche chinesischen Behörden und Einzelpersonen Japan am meisten ärgerten. Man sah, wie der General Huang Fu, der scheinbar mit Japan zusammen arbeitete, insgeheim die patriotische Propaganda förderte. Auf verschiedene Forderungen der Japaner hin erklärten sich eine Anzahl von mißliebigen Chinesen selbst bereit, zu demissionieren. Aber Japan lacht. Weiß es doch, daß mit Sicherheit anstelle der Gegangenen sieben andere verkappte Patrioten treten werden.

Um die Wende der vergangenen Woche vernahm China denn auch den Wortlaut eines japanischen Ultimatums, auf das die Regierung in Nanking längst gefaßt gewesen. Bezeichnenderweise wird die Note nicht von Tokio aus und nicht an die Zentralregierung gesandt. Ein General verhandelt mit einem andern: Takashi Sakai mit Honjong Tschin. Und Sakai verlangt von Tschin, daß er handle; die Regierung in Nanking mag dazu sagen, was sie will. Macht, um einzugreifen, besitzt sie nicht. Und Japan tut sein übriges, um die vorhandene Macht zu untergraben. Bald einmal wird Japan wirklich Recht haben: Es gibt keine chinesische Regierung mehr; es gibt nur noch Provinzregierungen. Besonders hat man es auf den immer noch mächtigsten chinesischen General Tschang Kai Schek abgesehen. Gerade dies geht mit besonderer Deutlichkeit aus Sakais Ultimatum hervor:

„Eine Organisation, die dem General Tschang Kai Schek persönlich untersteht, die der „Blauhemden“, soll in Hopei nicht mehr weiter existieren dürfen. Zwei dem gleichen Herrn direkt unterstellte reguläre Divisionen samt ihren „politischen Organisationen“ sollen Hopei räumen. Desgleichen soll ein „General Yu“ mit seinem 51. Armeekorps abziehen. Mit den Militärs haben die Organe der Partei Kuomintang zu gehen. Und selbstverständlich ist, daß sowohl das Bureau des chinesischen Kriegsministeriums als das Sonderbureau des Huang Fu in Peking aufgelöst werden müssen.“



Die Royal Air Force braucht Rekruten.

20 000 junge Leute sollen so schnell als möglich in die Royal Air Force eingestellt werden, um die Verdreifachung der Luftflotte zu bewerkstelligen. Unsere Aufnahme zeigt eine Ansicht aus dem grossen Rekrutenbureau in Kingsway (London) welches kürzlich eröffnet wurde. Hunderte von jungen Leuten meldeten sich persönlich.



Die Italo-Franco-Amerika-Kommission im Hotel Cavour in Mailand, wo sie sich vereinigt haben, um die Zwischenfälle von Ual-Ual zu studieren.

Die japanfeindliche Agitation, die heute zum Boykott der Waren, morgen aber vielleicht zum Mord an den feindlichen Besatzungen auffordern kann, wird verschwinden, wenn Militärs, Blauhemden und Parteifunktionäre verschwunden sind. So argumentieren die Militärs. In Wirklichkeit ändert sich an der Stimmung der Städte Hopeis gar nichts. Nur daß die japanischen Offiziere instande sein werden, jede Rundgebung zu unterdrücken. Und in einer auf diese Weise befriedeten Zone werden sie alle nur wünschenswerten Vorbereitungen treffen können, die der Aufnahme größerer Truppenmengen dienen. Hopei und Tschili sind also für China so gut wie verloren, ob nun das Ultimatum Salais zurückgezogen, abgeändert, erneuert oder überflüssig gemacht werde durch Konzessionen der Provinzbehörden Chinas und des Generals Honiong Tschin. Tschin soll sozusagen alles, was Japan verlangt, zugesagt haben! In solchem Falle bedeutet die höfliche Zurückziehung des Ultimatus durch Japan nicht viel anderes als eine hämische Quittung für die erzwungene Kapitulation.

Die japanische Politik in China ist brutal und geschickt zu gleicher Zeit. Ganze Provinzen verlappt zu annektieren, mitten im geltenden Frieden, ohne den wachsamsten Amerikanern Gelegenheit zum Protest oder gar zum Eingreifen zu bieten, ist allerhand! Fragt sich nur, ob der langsam weiterfressende Kommunismus im innern China nicht aus diesem neuen Ohnmachtsbeweis Mangkings neuen Antrieb schöpfe.

Französische Sozialisten tagen.

In Frankreich hat Laval das neue Ministerium gebildet. Ihm wurden in beschränktem Umfange die Vollmachten bewilligt, die man dem Vorgänger Bouisson versagte. Das heißt, diese Vollmachten beziehen sich nur auf die Währungsverteidigung! In jedem andern Belange, selbst in jenen, die mit der Währung indirekt zusammenhängen, darf also das Parlament weiterhin „stören und eingreifen“; so murren die Anhänger einer strafferen, autoritären Landesregierung. Wogegen die Anhänger der Linken der Ansicht sind, einen Vorstoß der Faschisten abgeschlagen zu haben. Sie weisen auf Deutschland; dort begann mit „Vollmachten“ im Gebiete der Steuer- und Finanzpolitik und endete mit Papen und Hitler. Ergo: Nur keine Vollmachten!

Es machte der Linken nichts aus, dem Herrn Flandin auch noch, für die übrige Welt vollkommen unerwartet, den vollmachthungrigen Bouisson nachzusetzen. Ob der „eingeschränkte Sommerdiktator“ Laval dabei zu seinen Erfolgen komme, scheint namentlich den Sozialisten weniger wichtig zu sein als die Sorge, was nach Laval kommen werde.

An ihrem Kongreß in Mülhausen haben die Sozialisten aller Welt dargetan, was sie erstreben, aber auch, wie wenig einig sie unter sich selbst sind. Und wie darüber hinaus die mit ihnen ziehenden Kommunisten links und Radikalen rechts in ihren Zielen noch weiter auseinanderklaffen. Die „Flügel“ innerhalb der „S. F. I. O.“ stellen die teils zu den Radikalen, teils zu den Kommunisten neigenden Sympathien dar. Wollen die „Linken“ nicht mehr und nicht weniger als die revolutionäre Aktion zur Eroberung der politischen Macht, so verlangt der Sekretär der Partei, Faure, heute vor allem Disziplinierung auf eine mittlere, alle Demokraten verpflichtende Linie; „Diktatur des Proletariats auf dem Wege der Propaganda“ und „stärkere Parlamentsfraktion“ umschreiben ebenso die Konzession an den verbündeten Kommunismus wie den Versuch, weiter mit den Radikalen zu arbeiten, trotzdem Herriot, der radikale Parteichef, sich immer von Léon Blum entfernt und sich nicht mehr den geringsten Erfolg von einem „Linkskartell“ verspricht.

Die Sozialisten haben es in der jüngsten Ministerkrise sehr gut verstanden, ein Linkskabinett zu vereiteln, indem sie die Forderung nach Sozialisierung der „Schlüsselindustrien“ erhoben und eine rigorose Kontrolle des Bankwesens zur Währungssicherung verlangten. Mit diesen Hauptpunkten des Programms ziehen sie nun also zu neuer Propaganda aus. Werden eines Tages die Kammerneuwahlen fällig, so wird sich zeigen, ob die „Gleichrichtung“ der Linksinteressen Werbekraft genug besitzt, oder ob sie ebenso wie vordem in Deutschland an einem bestimmten toten Punkte stecken bleibt. Der französische Bauer wird nach und nach mobil. Ihn, der vor allem Preisschutz und Schutz vor dem Schulden- und Steuerweibel verlangt, zu gewinnen, ihn an der Abwanderung zum Faschismus zu hindern, das ist das Problem für die Linke. Ob er gewonnen wird durch Sozialisierungsparolen, ohne praktische Vorschläge, die gerade ihn interessieren, ihm dienen, muß man bezweifeln. Der Tag in Mülhausen stellt den „S. F. I. O.“ kein Zeugnis praktischer Weitsicht und somit dem französischen Parlamentarismus keine günstige Zukunftsprognose aus.

Ende des Chacokrieges?

In Buenos Aires wurde der Vertrag paraphiert, der dem Morden im Chaco ein Ende bereiten soll. Reduktion der Armeen auf je 5000 Mann, Entmilitarisierung der umstrittenen Zone unter Aufsicht einer internationalen Militärkommission, Unterbreitung des Handels innert gewisser Frist beim Haager Gerichtshof, falls keine Einigung zustande kommt, das sind vorberhand die Punkte, welchen die Unterhändler, und bald hoffentlich auch die beiden Regierungen, zustimmen. Bösertige Propheten sagen, die Rüstungsindustrie hoffe auf Ersatz für die nun ausfallenden Lieferungen im Chaco: Drüben in Abyssinien ...!

-an-